

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Repräsentativ von Switzerland Global Enterprise und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 14 Tage seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Gonsiori 34, EE-10128 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

Seiten: 7 Datum: 03.04.2015

SEC Generalversammlung in Stans



Bei den *Pilatus Flugzeugwerken* in Stans (Kanton Obwalden), fand am Dienstag vorvergangener Woche die ordentliche Generalversammlung der *Handelskammer Schweiz Mitteleuropa* (SEC) statt. Zugegen waren neben deren zahlreichen Mitgliedern auch einige Aussennetzhandelskammern, wie Polen und Tschechien sowie die Vertreter der SBCC.



Der Präsident von *economiesuisse*, **Heinz Karrer** (links im Bild) berichtete in seinem Vortrag über die ökonomische Situation der Schweiz im Hinblick auf die Frankenstärke sowie mögliche Konsequenzen im Zusammenhang mit dem Abstimmungsergebnis der sog. „Masseneinwanderungsinitiative“ vom vergangenen Februar. Damals hatte eine knappe Mehrheit von 50,3% der Abstimmenden, bei 56,6% der Stimmberechtigten für eine

Kontingentierung von Einwanderern auch aus der EU gestimmt.

Heinz Karrer gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Schweiz bei ihren Verhandlungen mit der EU zu einem Erfolgversprechenden Resultat im Blick auf die Kontingentierungsfrage von ausländischen Arbeitskräften eine Lösung finden werde, ohne, dass das **Schengener Abkommen** aufgekündigt werden müsse, denn die Schweiz sei auf die weitere Pflege der zahlreichen bilateralen Verträge mit der EU angewiesen. Von einer gegenwärtigen neuen Abstimmung hielt er nicht viel, da das Resultat womöglich etwa gleich ausfallen könnte wie damals am 9. Februar, als eine knappe Mehrheit der Abstimmenden für eine Kontingentierung bei der Einwanderung auch von EU-Bürgern in die Schweiz votierten.



Eingangs kam Karrer auf die Bedeutung des **dualen Bildungssystems** zu sprechen, welches als **wirtschaftliches Erfolgsmodell** in jenen Ländern gilt, in denen ausser der Berufsausbildung an Universitäten die Bildung von Lehrlingen im Rahmen einer **praktischen Berufslehre in Verbindung mit einer Berufsschule** als gleichbedeutend zu Hochschulabschlüssen besteht. Es sind dies die Schweiz, Deutschland und Österreich.

Jürg Würtenberg von der SBCC wies darauf hin, dass es in Lettland und Estland von Seiten einiger Unternehmen Bemühungen gebe, die darauf abzielen, in diesen Ländern schrittweise das duale Bildungssystem einzuführen. Im dem Zusammenhang wurden das Bleienbacher/BE Unternehmen **Max Daetwyler mit seinem Ableger in Tallinn**, (Metallverarbeitung) sowie die Firma **Schörling Municipal (Strassenkehrmaschinen)** im lettischen Ventspils genannt. siehe auch <http://swissbalticchamber.com/res/newsletter/NL141017.pdf>

Schliesslich orientierten die Herren von der Geschäftsleitung der Pilatus Flugzeugwerke die Teilnehmer über den Flugzeugbau, deren Typenpalette und boten den Teilnehmern nach einem eindrucklichen Werbefilm einen Rundgang durch das Werk an. Derzeit wird in Stans intensiv am neuen düsengetriebenen PC-24 gearbeitet, der demnächst erstmals in die Lüfte steigen soll. Bereits liegen zahlreiche Bestellungsoptionen für diesen neusten High-Tech - Vogel vor, war zu erfahren. Der Flieger soll auch auf relativ kurzen Naturlandestrecken abheben und landen können.

ESTLAND

Lennart Meri Konferenz in Tallinn



Die diesjährige Lennart Meri Konferenz bringt wieder einflussreiche Figuren aus der internationalen Politik nach Tallinn. Unter den Teilnehmern sind u.a. auch OSZE Generalsekretär **Lamberto Zannieri** und der stellvertretende **NATO Generalsekretär Alexander Vershbow**. Die zwischen 24.-26. April in Tallinn stattfindende 8. Lennart Meri Konferenz trägt den Titel „**Die Grenzen der Weltordnung**“ und fokussiert sich auf die internationale Lage und den 40.

Jahrestag des Helsinki Abkommens. „Die Weltordnung ist heute von sehr ernsthaften Herausforderungen erschüttert und das in Europa. Zynische und aggressive Mächte unterminieren und zerstören viele demokratische Werte. Das internationale Benehmen Russlands und die Versuche des Westens dem zu widerstehen, strategische Dilemmas der Ostpartnerschaft, neue Sicherheitsdynamik der nord-atlantischen Region, politische Herausforderungen der Europäischen Integration, Unruhen in Nah-Ost und Verwendung von

Informationen als Waffe sind nur einige der Themen der diesjährigen Konferenz,“ schreibt der Organisator der Konferenz, das Zentrum für internationale Sicherheitsstudien.

Die Lennart Meri Konferenz betrachte einige der wichtigsten Fragen in der Aussen- und Sicherheitspolitik in Nord Europa. Auf der Konferenz treten neben dem stellvertretenden Generalsekretär der NATO, dem OSCE Generalsekretär, der Vorsitzende des polnischen Parlamentes **Radosław Sikorski**, die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, **Anne Brasseur** und viele andere.

Estland hat ein neues Parlament

Das neue estnische Parlament hielt am Montag seine erste Sitzung ab und die Parlamentarier leisteten ihren Amtseid. Eröffnet wurde die erste Sitzung des XIII Parlamentes mit einer Rede des **Präsidenten Toomas Hendrik Ilves**. Ilves betonte die Bedeutung des Mutes, der Weisheit



und des Gewissens. Eines der wichtigsten Aufgaben des Parlamentes sei die Stärkung und Entwicklung des Staates, der für den Schutz des Friedens und der Menschen gegen Aggressionen ins Leben gerufen wurde. Ilves hatte auch einige Empfehlungen für das neue Parlament und die Koalitionsregierung. Er unterstrich die Wichtigkeit der Reduzierung der Bürokratie und die Nähe zum einfachen Bürger.

„Estlands politisches Klima ist leider heute voll von Populismus im schlechten Sinne und der Mentalität „seine eigene Haut zu retten“. In der Gesetzgebung gibt es zu viel überflüssiges und verschwenderisches. Der Haushaltsprozess ist bürokratischer und rigider geworden,“ meinte Ilves.

Zum neuen Parlamentspräsidenten wurde **Eiki Nestor** gewählt (Sozialdemokrat), die Posten der Vizepräsidenten gehören **Helir-Valdor Seeder** (Vaerlandsunion, ResPublica) und **Jüri Ratas** von der Zentrumsparlei.

Regierungsverhandlungen in Estland. Savisaar nach wie vor in kritischem Zustand im Krankenhaus



Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierungskoalition sind in Estland schon seit beinahe einem Monat im Gange. Seit letzter Woche, nachdem die ursprünglich an der Regierungsbildung beteiligte Freie Partei ausschied, sitzen nur drei Parteien – die **Reformpartei**, die **Vaterlandsunion ResPublica** und die

Sozialdemokraten am Verhandlungstisch. Die Zentristenpartei wurde bisher nicht zu den Koalitionsverhandlungen eingeladen, nachdem deren Vorsitzender **Edgar Savisaar** nach wie vor in kritischem Zustand in der Tartuer Uniklinik hospitalisiert ist. Wie gemeldet wurde, musste ihm wegen einer schweren Infektion sogar ein Teil seines rechten Beines notfallmässig amputiert werden. Derzeit wird die Partei von **Jüri Ratas** geführt was zu einer Neuausrichtung der Parteidoktrin führen könnte.

Der Vorsitzende der Reformpartei und Premierminister **Taavi Rõivas** sagte am Mittwoch, dass die drei Parteien sich über den inhaltlichen Wortlaut geeinigt hätten und die Arbeit zu Haushaltsfragen „noch finalisiert“ werden müssten. Über die Teilung der Ministerplätze sei **Rõivas** zufolge bis heute noch nicht die Rede gewesen.

Die Koalitionsverhandlungen begannen am 6.März.

Der Staat finanziert Parlamentsparteien mit mehr als 4 Mio Euro



Die im Parlament vertretenen Parteien erhalten aus dem Staatshaushalt in der Periode von April bis Jahresende insgesamt mehr als 4 Mio EUR. Mit einer Verordnung des Innenministers bekommt die Reformpartei in diesem Jahr 1205 795 EUR, die Zentrumspartei 1085 215 EUR, die sozialdemokratische Partei 602 897 EUR und die Vaterlandsunion ResPublica 562 704 EUR. Die neuen Parlamentsparteien die Freie Partei und die Konservative Volkspartei bekommen jeweils 321 545 EUR und 281 352 EUR. Bis heute erhielten auch jene Parteien staatliche Unterstützung, deren Ergebnis unter der 5% Wahlhürde blieb, aber mindestens 1% betrug. Die nach den Parlamentswahlen in Kraft getretenen Bestimmungen erhöhen die Unterstützung dieser Parteien, deren Ergebnis unter 5% lag, aber mindestens 2% betrug. Anspruch auf solche Unterstützung hat heute keine Partei. Eine Unterstützung hätte keine Partei auch nach der alten Verordnung erhalten, da alle unter der 5% Hürde gebliebenen Parteien ein Ergebnis von weniger als 1% hatten. Die Unterstützung der Parlamentsparteien wird nach der Zahl der Parlamentssitze gerechnet.

LETTLAND

Drei neue Fluggesellschaften kommen nach Riga



Die skandinavische Fluggesellschaft *SAS* kehrte am 29. März nach Riga zurück. Die ukrainische *Ukraine International Airlines* und die schweizerische Swiss International Airlines planen ebenfalls Flüge nach/aus Riga aufzunehmen. Die Pressesprecherin des Rigaer Flughafens *Sarmite Rinmane* sagte, dass die SAS wöchentlich 18 Mal zwischen Stockholm und Riga verkehren werde. Die Ukraine International Airlines werde 7 Mal wöchentlich zwischen Riga und Kiew und die Swiss International Airlines drei Mal wöchentlich zwischen Riga und Zürich fliegen. Die lettische airBaltic beginnt im Sommer Flüge nach Dänemark *Aalborg*, *Kroatien Dubrovnik*, *Griechenland Rhodos* und *Thessaloniki* sowie nach *Pisa*. Die ungarische *Wizz Air* plant aus *Riga nach Stavanger, Lübeck und Liverpool* zu fliegen. Ab Sommer kann man aus Riga mit 21 Fluggesellschaften in insgesamt 87 Destinationen fliegen.

Der EU Gipfel zur Ostpartnerschaft in schwierigem Fahrwasser



Lettlands Aussenminister *Edgars Rinkevics* sagte am Montag, dass der im Mai bevorstehende Gipfel zur Ostpartnerschaft der EU ein Gipfel der Kriegszeit sei. Rinkevics bezeichnete die ersten drei Monate des lettischen EU Vorsitzes als erfolgreich und fügte hinzu, dass die nächsten drei Monate eine grössere Herausforderung sein würden. „In den bevorstehenden Monaten werden wir uns auf das grösste Ereignis der lettischen Aussenpolitik, den Gipfel zur Ostpartnerschaft konzentrieren. Das Treffen finde in einer äusserst komplizierten geopolitischen Situation statt und könne nicht mit den letzten drei Gipfeln zur Ostpartnerschaft verglichen werden. „Es ist praktisch ein Gipfel der Kriegszeit,“ sagte Rinkevics. Es sei heute äusserst wichtig drei Staaten – die Ukraine, Moldawien und Georgien – zu unterstützen, die einen Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen hätten. Der Gipfel zur EU Ostpartnerschaft findet von 21.-22. Mai in Riga statt.

Zwei Rundfunkorganisationen

Die *Estonian Broadcasting Company* (Rundfunk+Fernsehen) und das *Lettische öffentlich rechtliche Fernsehen* unterzeichneten am Dienstag ein Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Entwicklung der in beiden Staaten zu gründenden russischsprachigen Fernsehsender. Beide Kanäle behalten in der Programmgestaltung ihre Souveränität und konzentrieren sich auf das lokale Leben. In Bereichen, wo Zusammenarbeit in Interessen von besseren Resultaten oder Einsparungen steht, wünscht man engere Zusammenarbeit. „Es ist offensichtlich, dass der aus Russland stammende und von russischsprachigen Medien geschaffene Informationsraum in Estland, Lettland und anderen Ost- und Mitteleuropäischen Staaten Ausbalancierung braucht,“ sagte der Vorstandsvorsitzender der Estonian Broadcasting Company *Margus Allikmaa*. „Die russischsprachige Bevölkerung in diesen Ländern hat einen vielseitigeren und auf verschiedenen Quellen basierenden Journalismus verdient und auch Fernsehsendungen, die mehr über das lokale Leben berichten. Estland hat beschlossen einen eigenen russischsprachigen Fernsehsender zu gründen und das gleiche plant auch Lettland. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkorganisationen von beiden Staaten haben gemeinsame Ziele und jegliche Zusammenarbeit die zur Erhöhung der Qualität des russischsprachigen Informationsraumes beiträgt, ist willkommen begründet,“ sagte Allikmaa.

Der Kooperationsvertrag bilde ausserdem für die russischsprachigen Sender in beiden Staaten eine gute Grundlage für den Austausch von Sendungen und Filmen, zur Schulung von Mitarbeitern und für Vermarktungsmassnahmen. Der russischsprachige Sender soll in Estland im September dieses Jahres und in Lettland im kommenden Jahr lanciert werden.

Einfahrt nach Jurmala wird kostenpflichtig



Die unweit von der lettischen Hauptstadt Riga liegende populäre *Kurortstadt Jurmala* führt Einfahrtgebühren ein. Das Ziel der Einführung der Gebühr ist die Einschränkung der Touristenströme, damit Jurmala auch künftig ein angenehmes Ambiente haben könne. In der Periode zwischen 1. April bis 30. September müssen Besucher von Jurmala für die Einfahrt in die Stadt 2 EUR zahlen. Gebührenfrei ist die Einfahrt für Elektromobile. In der

Periode zwischen dem 1. Oktober und 31. März ist die Einfahrt in die Stadt frei. In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Jurmala besuchenden Touristen um 20% gestiegen.

Banken erwirtschafteten 2013 4,4% des BIP Lettlands

Der Verband der Kommerzbanken Lettlands berichtete mit einem Hinweis auf eine von KPMG Baltics erstellte Studie, dass die Bankenbranche 2013 4,39% des lettischen BIP erwirtschaftete. Das lettische Bankwesen beschäftigte insgesamt 23 000 Menschen. Die Arbeitsstellen im Bankwesen gehören durchschnittlich in höhere Gehaltsstufen und helfen ferner auch in anderen Branchen neue Arbeitsplätze zu schaffen, meinte die stellvertretende Direktorin der KPMG Baltics *Evija Miežite*.

Grösste Steuerzahler Lettlands



Die Kraftstoffhändler *Statoil Fuel&Retail Latvia*, *Orlen Latvija Ltd.* und *Neste Latvija* waren laut Angaben der Lettischen Steuerbehörde im letzten Jahr die grössten Steuerzahler Lettlands. Statoil Fuel&Retail Latvia zahlte 2014 insgesamt 198.2 Mio EUR Steuern, die Orlen Latvija Ltd. 144.3 Mio EUR und Neste Latvija Ltd' 134.6 Mio EUR. Zu den Top-zehn Steuerzahlern gehörten noch der Gasverkäufer *Latvijas Gaze* (132.6 Mio EUR),

Tabakhersteller Philip Morris Latvia (86.5 Mio EUR), die Eisenbahnfirma *Latvijas Dzelzceļš* (74.35 Mio EUR), Kraftstoffverkäufer *Lukoil Baltija* (72.77 Mio EUR), *Baltic Sales Network Ltd.* (70.9 Mio EUR), *Latvenergo* (58.56 Mio EUR), sowie der Alkoholhersteller *Latvijas Balzams* (55.59 Mio EUR). Die Steuerbehörde kassierte Steuern von insgesamt 86,265 in Lettland tätigen Firmen. Die Gesamtsumme der Steuereinnahmen betrug im letzten Jahr 5.29 Mrd EUR, davon 2.51 Mrd EUR Lohnsteuern und 2.78 Mrd andere Steuern. Die Sozialsteuer brachte im letzten in die Staatskasse 1.58 Mrd EUR, die Einkommenssteuer 933.47 Mio EUR. Gesellschaften mit begrenzter Haftung zahlten 2014 Steuern in der Höhe von 4.26 Mrd EUR, Aktiengesellschaften aber 1.03 Mrd EUR.

LITAUEN

Litauens Einzelhandel gestiegen

Die Statistische Behörde Litauens teilte mit, dass der Gesamtumsatz der litauischen Einzelhandelsunternehmen in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 1,23 Mrd EUR betrug, was 2,6% mehr sind als in der Vergleichsperiode des vergangenen Jahres. Die Statistik umfasst nicht den Verkauf und die Wartung von Kraftfahrzeugen und auch Lebensmittelbereich. Der Umsatz der Automobilverkäufer betrug in den ersten zwei Monaten 334,3 Mio EUR und der von Verpflegungsfirmen 70,9 Mio EUR.

Baltische Staaten sollten sich zunächst selbst verteidigen können



Die litauische Präsidentin *Dalia Grybauskaitė* sagte, dass die baltischen Staaten bereit sein müssen, sich selbst zu verteidigen wenn sie Hilfe von ihren NATO Partnern erwarten. „Angesichts der geopolitischen Lage an den Grenzen der baltischen Länder ist es wichtig, dass die baltischen Staaten in der Lage sind, sich zunächst selbst zu verteidigen und erst dann die NATO um Hilfe bitten und Hilfe erwarten,“ sagte Grybauskaitė. „Wenn wir nicht in der Lage sind uns selbst zu verteidigen, dann wird niemand kommen. Du kannst nicht bitten, dass ein Bürger Deutschlands kommt und Litauen und Lettland verteidigt, wenn unser eigenes Volk nicht in der Lage und bereit ist, den eigenen Staat zu verteidigen,“ fügte die Präsidentin hinzu. Litauen erhöhte die Verteidigungsausgaben auf 427,5 Mio EUR, was 1,1% des diesjährigen BIP sind. Vilnius kaufte neulich neue Panzer- und Luftabwehrwaffen und steht in Verhandlungen mit Deutschland über die Erhöhung der Kapazität der Artillerie. Ausserdem plant Litauen noch vor dem Jahresende eine öffentliche Beschaffung von Panzerwagen zu starten.

Das litauische Parlament billigte in der vergangenen Woche die temporäre Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die vom Parlament gebilligte Verordnung sieht vor, dass die 2008 abgeschaffte Wehrpflicht für 5 Jahre wieder eingeführt wird. Jährlich sollen 3000-3500 junge Männer im Alter zwischen dem 19. Und 26. Lebensjahr zum Wehrdienst einberufen werden. Die Einberufung zur Wehrpflicht beginnt am 11. Mai.

1/3 der russischen Diplomaten seien Spione



Die Litauische Sicherheitsbehörde informierte in dem am Montag veröffentlichten neuen Bericht über die Sicherheitsgefahren, dass 1/3 der in Litauen residierenden russischen *Diplomaten Spione* seien. Die Sicherheitsbehörde hätte im vergangenen Jahr drei russische Spione ausgespioniert, u.a. auch den *Generalkonsul der Russischen Föderation* in Klaipeda *Vladimir Malögin*. „Ein Drittel der in Litauen arbeitenden

russischen Diplomaten sind Mitarbeiter des Geheimdienstes oder mit dem Geheimdienst verbundene Personen,“ steht im Jahresbericht der Sicherheitsbehörde. „Wir sind ein NATO Grenzstaat, der durch unfreundliche Propaganda, Aufheizung der ethnischen Minderheiten gegen unseren Staat und seine Interessen beeinflusst wird,“ sagte Präsident Dalia Grybauskaitė in ihrem Kommentar zum Jahresbericht der Sicherheitsbehörde.

Russland drohe angeblich mit Atomwaffen

Russland hätte angeblich gedroht, für den Schutz der Annektierung der Krim Atomwaffen einzusetzen und hätte gewarnt, „dass Umstände, die für die Kriegstätigkeit in der Ukraine Anlassgebend waren auch in den baltischen Staaten existieren“, schreibt die britische Zeitung *The Independent*. Mit Hinweis auf die der Zeitung *The Times* und auf einem Treffen russischer Generäle und amerikanischer Beamten gemachten Notizen eines US Beamten, drohe Russland mit verschiedenen Gegenmassnahmen von Atomwaffen bis hin zu zivilen Massnahmen wenn die NATO zusätzliche Truppen in den baltischen Ländern positioniere. Ähnlich zur Ukraine leben auch in den baltischen Ländern viele Menschen die sich als ethnische Russen identifizierten. The Independent zufolge plane Russland gegen die baltischen Staaten gerichtete destabilisierende Massnahmen, die mit Russland in Verbindung gebracht werden könnten ähnlich der Geschehnisse in der Ost-Ukraine.

Vizebürgermeister von Vilnius von Haft bedroht

Einer Meldung der Agentur BNS zufolge, beantragte Staatsanwalt Linas Kuprusevičius den sozialdemokratischen Vizebürgermeister von Vilnius **Romas Adomavičius** der Korruption zu beschuldigen und zu fünf Jahre Haft zu verurteilen. Adomavičius wird vorgeworfen 2012 während eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens eine 11 000 EUR grosse Bestechung angenommen zu haben. Der hohe Munizipalpolitiker begründete, dass während der Untersuchung in seinem Wagen gefundenes Geld Teil des Wahlkampfbudgets seiner Partei gewesen sei.

Vilnius hat eine neue Koalition



In der letzten Woche einigten sich fünf Parteien über die Bildung einer neuen Machtkoalition. Die neue Stadtverwaltung wird gebildet von der **Liberalen Bewegung, der Vaterlandsunion-Christdemokraten, Ordnung und Gerechtigkeit, der Sozialdemokratischen Partei und der Liste Litauens**. Die Koalition hat insgesamt 36 Sitze, darunter auch den frisch gewählten Bürgermeister **Remigijus Šimašius** (s.Photo). Die Liberale Bewegung hat 16 Mandate und stellt den Bürgermeister, die Konservativen 8, die Sozialdemokraten und die Liste Litauens jeweils 4 Mandate, die Ordnung und Gerechtigkeit hat 3 Plätze im Stadtparlament. Die oppositionellen Polnische Wahlaktion und die Freiheitsunion haben insgesamt 16 Mandate.